



# AMTSBLATT

## DES K. u. K. KREISKOMMANDOS IN OPATÓW.

Abonnement vierteljährig 3 Kronen,  
einzelne Exemplare 10 Heller.

Nr. 8.

Opatów, am 15. April 1916.

INHALT: Der amtliche Theil. 1. Verordnung des Armeeeoberkommandanten betreffend den Besitz von Waffen. — 2. Kundmachung betreffend die Erzeugung der Ledersorten. — 3. Feuerversicherung. — 4. Darlehen an Gutsbesitzer. — 5. Spar- und Darlehensgenossenschaften. — 6. Warnung vor Unglücksfällen durch Explosionen gefundener Artilleriegeschosse. — 7. Kundmachung betreffend den Termin für die Einlieferung von Getreide in Magazine. — 8. Telegrammbestellgebühren. — 9. Massnahmen gegen die Verbreitung von Rotz und Räude. — 10. Die Eröffnung des Grundbuchsamtes in Radom. — 11. Die Akten des Notars Sawicki aus Ostrowiec. — 12. Sachverständigen Ernennung. — 13. Bestellung eines Gerichtsdolmetschers. — 14. Ernennung eines Gerichtsvollziehers. — 15. Privatanwälte. — 16. Ernennung eines Gemeinderichters. — 17. Steckbrief.

Nichtamtlicher Theil.

### 1.

#### **Verordnung des Armeeeoberkommandanten vom 8. März 1916,**

**betreffend den Besitz von Waffen, Munitionsgegenständen  
und Sprengstoffen.**

Auf Grund der Mir kraft Allerhöchsten Oberbefehles übertragenen Befugnisse der obersten Zivil- und Militärgewalt finde Ich für die in österreichisch-ungarischer Militärverwaltung stehenden Gebiete Polens (Okkupationsgebiet) anzuordnen, wie folgt:

#### § 1.

Jedermann, der auf welche Weise immer erfahren hat,

1. wo Waffen, Munitionsgegenstände oder Sprengstoffe verwahrt sind, die nach der Verordnung des Armeeeoberkommandanten vom 16. Februar 1915,

Nr. 4 V. Bl., abzuliefern waren und nicht abgeliefert wurden, oder

2. dass jemand solche Gegenstände besitzt oder verwahrt, ist verpflichtet,

dem Kreiskommando oder Gendarmeriepostenkommando seines Aufenthaltsortes den Verwahrungsort oder den Besitzer oder Verwahrer anzuzeigen und hiebei alle ihm bekannten näheren Umstände anzugeben.

Die Anzeige muss innerhalb dreier Tage, nach dem der hiezu Verpflichtete von der Tatsache der Verwahrung erfahren hat, erstattet werden.

#### § 2.

Wer Waffen, Munitionsgegenstände oder Sprengstoffe verwahrt oder trägt, ohne hiezu im Sinne der Verordnungen des Armeeeoberkommandanten vom 16. Februar 1915, Nr. 4 V. Bl., oder vom 29. November 1915, Nr. 44 V. Bl., ermächtigt zu sein, begeht ein



Verbrechen und wird — wenn die Tat nicht nach den Militärstrafgesetzen einer strengeren Strafe unterliegt — vom Gerichte mit Kerker von sechs Monaten bis zu fünf Jahren bestraft. Neben der Freiheitsstrafe kann Geldstrafe bis zu zehntausend Kronen verhängt werden.

Übertretungen des § 1 dieser Verordnung werden — wenn die Tat nicht nach den Militärstrafgesetzen einer strengeren Strafe unterliegt — vom Kreiskommando mit Geldstrafe bis höchstens zweitausend Kronen oder mit Arrest bis höchstens sechs Monate bestraft.

§ 5, Absatz 2 der Verordnung des Armeeoberkommandanten vom 16. Februar 1915, Nr. 4 V. Bl., ist aufgehoben.

### § 3.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Kundmachung in Kraft.

## 2.

Ad k. u. k. Mil. Gen. Gouv. J. Nr. 4.571 ex 1916.

### Kundmachung,

womit die Erzeugung bestimmter Ledersorten, sowie das Zerschneiden des halbfertigen und fertigen Leders, vor dessen Freigabe durch die Lederübernahmestelle, verboten wird.

#### I.

Vom Zeitpunkte der Inkrafttretens dieser Kundmachung dürfen die nachgenannten Gattungen von Rohhäuten und Fellen nicht mehr mineralisch gegerbt werden, und zwar:

1) Kalbfelle — einschliesslich Fresser und Pittlinge deren »salzfrei vorgewogener Gewicht« mehr beträgt als

a) mit Kurzfuß und Kopf . . 4 kg.

b) » » ohne » . . 3½ kg.

Bei Kalbfellen mit Langfuß, Schweifbein oder Kopffleisch erhöhen sich diese Gewichtsgrenzen um je 0.20 kg. für jede dieser Abarbeitungsarten.

Für getrocknete Kalbfelle stellen sich die angeführten Gewichtsgrenzen um die Hälfte niedriger.

2) Rindshäute einschliesslich Stierhäute.

3) Rosshäute.

#### II.

Zur Fertigstellung solchen mineralisch gegerbten Leders, aus den in I. genannten Rohhäuten und Fellen, das sich am Tage des Inkrafttretens dieser Kund-

machung bereits in der Erzeugung oder Ausarbeitung befindet, wird eine Frist bis zum 30. April 1916 gewährt.

Nach diesem Tage dürfen daher auch zur Fertigstellung solchen Leders dienende Arbeiten nicht mehr vorgenommen werden.

#### III.

Die Erzeugung von Maschinenriemenleder darf vom Zeitpunkte des Inkrafttretens an, nur mit Bewilligung des Militär-General-Gouvernements erfolgen.

#### IV.

Rosshäute dürfen fernerhin nur zu lohgaarem Brandsohlenleder und zwar nur in ganzen oder halben Häuten, verarbeitet werden.

#### V.

-Schwarzes Oberleder vegetabilischer oder vegetabilisch-mineralischer Gerbung darf nach dem 10. April 1916 nicht mehr hergestellt werden.

Diese Bestimmung bezieht sich nicht auf Oberleder, das aus Kalbfellen (einschliesslich Fresser und Pittlinge) hergestellt wird, sofern das Gewicht der Felle die in I., Punkt 1, angeführten Gewichtsgrenzen nicht übersteigt.

#### VI.

Die Erzeugung von Sohlenleder aus Rindshäuten (auch Stierhäuten), von deren Blössen der Fleischteil (Spalt) ganz oder teilweise abgetrennt wurde, und der Verkauf solchen Leders, ist verboten.

#### VII.

Das Zerschneiden von halbfertigen, oder fertigen Leder aller Art, aus Rinds-, Ross- und Kalbfellen, vor dessen Freigabe durch die k. u. k. Lederübernahmestelle, ist verboten.

#### VIII.

Jede Zuwiderhandlung gegen die Vorschriften dieser Kundmachung wird vom Kreiskommando mit Arreststrafen bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafen bis zu 5000 Kronen geahndet.

Überdies kann die Sperrung solcher Betriebe, welche den vorerwähnten Vorschriften zuwiderhandeln, verfügt werden.

#### IX.

Diese Kundmachung tritt mit dem Tage ihrer Verlautbarung in Wirksamkeit.



## 3.

**Feuerversicherung.**

Mit dem Erlasse des Militärgeneralgouvernements in Lublin vom 13. März 1916 A. Nr. 11.950 wurde der Feuerversicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit in Warschau gestattet, die Agenden der in Kongress-Polen bestehenden obligatorischen Feuerversicherung auch im Bereiche des Militärgeneralgouvernements fortzuführen. In Lublin wird eine Vertretung der Warschauer Zentrale gebildet werden, welche die Agenden der Gesellschaft im ho. Verwaltungsgebiete leiten wird. Die Versicherungsprämien sind durch die Gemeindeämter einzuziehen und in die Kreiskassen abzuführen. Die Angestellten der Gesellschaft haben das Recht, die von der Hauptverwaltung festgesetzten Abzeichen zu tragen.

## 4.

**Darlehen an Gutsbesitzer.**

Das k. u. k. Militär-General-Gouvernement hat mit Verordnung F. Nr. 17.582/16 vom 24. März 1916 verfügt, dass durch Vermittlung des Zentralhilfskomitees (s. Amtsblatt VII. Stück, Punkt 19 vom 1. April l. J.) an notleidende Gutsbesitzer Darlehen für den Frühjahrsanbau erteilt werden können.

Hiezu hätten die Gutsbesitzer, welche Besitzer formell einwandfreier, bescheinigter Requisitionsscheine österr.-ung. Truppen sind, ihre Requisitionsscheine freiwillig dem Zentralhilfskomitee mit der ausdrücklichen Bedingung zu zedieren, dass durch die Einlösung der Requisitionsscheine seitens der Militärverwaltung alle Rechte der ehemaligen Besitzer erlöschen und die Forderung aus den Requisitionsscheinen als getilgt erscheint. Für die Richtigkeit der eingelösten Requisitionsscheine haftet der ehemalige Besitzer solidarisch mit dem Zentralhilfskomitee. Die Besitzer solcher zu zedierender Requisitionsscheine haben weiters in rechtsverbindlicher Form ihre Einwilligung dazu zu geben, dass ein bestimmter Teil der Einlösungssumme durch das Zentralhilfskomitee an solche Grundbesitzer als Darlehen verliehen wird, denen es an Geldmitteln für den Frühjahrsanbau mangelt. Die gewährten Darlehen sind im Laufe von 6 Monaten zurückzuzahlen. Diese Darlehen sammt Zinsen genießen das gesetzliche Vorzugspfandreht von allen Tabullarhaftungen mit Ausnahme der öffentlichen Steuern und Abgaben. Für die Anbaudarlehen haften das Zentralhilfskomitee und die Darlehensnehmer solidarisch.

Als Endtermin für die Vorlage von Requisitions-

scheinen aus Anlass der Frühjahrsanbaues wird der 15. Mai 1916 festgestellt. Bis zu diesem Termine hätten sich Besitzer von Requisitionsscheinen beim k. u. k. Kreiskommando mit 2 Mitgliedern des Kreishilfskomitees als Zeugen einzufinden, woselbst sie die Zessionserklärung zu unterfertigen haben werden.

Bescheinigungen über Wagen und Pferde dürfen nur in besonders rücksichtswürdigen Fällen, Kopien oder Protokolle über Kriegsschäden überhaupt nicht zediert werden.

Die Darlehensgesuche sind an das k. u. k. Kreiskommando zu richten.

## 5.

**Spar- und Darlehensgenossenschaften.**

Es wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht, dass alle gegenwärtig tätigen, sowie infolge der kriegesischen Ereignisse ausser Tätigkeit befindlichen Spar- und Darlehensgenossenschaften, die seinerzeit auf Grund des Normalstatuts vom J. 1915 gegründet wurden, sofern sie eine Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit anstreben, ein diesbezügliches Gesuch um Bewilligung des Bestehens und Bestätigung der Statuten beim k. u. k. Kreiskommando einzureichen haben. Jedem Gesuche sind je 3 Exemplare der Statuten, überdies, falls sich die Tätigkeit auch auf andere Kreise erstrecken sollte, für jeden Kreis, je ein weiteres Exemplar der Statuten beizulegen.

Gleichzeitig werden die Interessenten verständigt, dass im Sinne der Verordnung des k. u. k. Generalgouvernements vom 9. März 1916 Nr. 13.224/16 eine Bewilligung zur Wiederaufnahme der Tätigkeit nur unter der Bedingung erteilt wird, dass die verantwortliche Verwaltung der Kassa oder des Vereines auf die ihr nach §§ 71 und 72 der Normalstatuten vom Jahre 1905 zustehende Begünstigung, ihre Forderungen durch Gemeindepolizeiorgane einbringen zu dürfen, bis auf Weiteres verzichtet.

Mit Rücksicht auf das Oberwähnte, wird den Gemeindeämtern verboten, den bestehenden und gegenwärtig tätigen Spar- und Darlehensgenossenschaften bei Eintreibung ihrer Forderungen Beistand zu leisten.

## 6.

**Warnung vor Unglücksfällen durch Explosionen gefundener Artilleriegeschosse.**

Trotz mehrfacher und nachdrücklicher Warnungen kommt es dennoch noch immer vor, dass durch



unvorsichtiges Hantieren mit aufgefundenen Artilleriegeschossen Unglücksfälle verursacht werden.

So hat es sich unlängst wieder ereignet, dass eine Zivilperson mit einer aufgefundenen Granate derart ungeschickt hantierte, dass diese explodierte, wodurch drei Personen getötet u. einige schwer verwundet wurden.

Ich warne daher die Bevölkerung aufs nachdrücklichste vor dem Berühren aufgefundener Artilleriegeschosse und fordere jederman in seinem eigenen Interesse auf, jeglichen Fund eines solchen Geschosses dem nächsten Gendarmeriepostenkommando anzuzeigen, das die entsprechende Bergung des Geschosses veranlassen wird.

Geistliche und Lehrer mögen keine Gelegenheit unberücksichtigt lassen, der Bevölkerung die Gefahr klar zu legen, die das Hantieren mit Artilleriegeschossen in sich birgt.

## 7.

### Kundmachung

**betreffend den Termin für die Einlieferung von Getreide in Magazine.**

Der Termin für die Einlieferung von Weizen und Roggen in die k. u. k. Monopolmagazine wird bis 20. Mai 1916 verlängert. Bis zu diesem Zeitpunkte muss Weizen und Roggen unbedingt eingeliefert sein und findet keine Verlängerung mehr statt.

Bezüglich der Einlieferung von Gerste und Hafer wird in Anbetracht des in einzelnen Kreisen herrschenden Mangels an Saatgut folgendes angeordnet und verlautbart:

Jeder Besitzer von Hafer und Gerste hat dieselbe unverzüglich an das nächstgelegene Getreidemonopolmagazin abzustellen u. zw. in erster Linie Saatgerste und Saathafer.

Für bis zum 25. April 1916 eingelieferte Saatgerste und Saathafer zahlt die Militärverwaltung zu den festgesetzten Übernahme-preisen noch einen Zuschlag von 6 K. pro 100 kg. (244 Funt) also 4 K. pro Koretz Hafer und 5 K. pro Koretz Gerste.

Dieser Zuschlag wird jedoch nur für zu Saat-zwecken geeignete Gerste und Hafer zugestanden.

Um den etwaigen Mangel an Zugpferden auszugleichen haben sich die betreffenden Gutsbesitzer, die Saatgut abzuliefern haben, sofort mit der Anbaukommission der betreffenden Gemeinde ins Einvernehmen zu setzen und hat die Kommission den Abschied des Saatgetreides durch Bauernpferde zu bewerkstelligen. Die Bezahlung hat der betreffende Gutsbesitzer aus eigenem zu leisten. Jene Anbaukommissionen, die sich

weigern die Gespanne beizustellen sind sofort dem nächstgelegenen Gendarmerieposten anzuzeigen.

Die Gutsbesitzer werden ersucht das abzuliefernde Saatgut (Hafer und Gerste), wenn gleich mit einem Umweg ins Monopolmagazin in Ostrowiec abzustellen, da dort wegen des geringeren Verkehres die Übernahme viel rascher erfolgt.

## 8.

### Telegrammbestellgebühren.

Gemäss § 23 der Verordnung des Armeeoberkommandanten vom 24. Februar 1916 über den Post- und Telegraphendienst wird ab 10. April l. J., für die Zustellung eines Privattelegrammes am Standorte des Telegraphenamtes, eingehoben:

bei Tag . . . . .	10 Heller
in der Nacht . . . . .	20 »

Als Nachtzeit gilt die Zeit von 10 Uhr Abends bis 6 Uhr Früh.

## 9.

### Massnahmen gegen die Verbreitung von Rotz und Räude; Einführung von Attesten für Pferde.

Wegen bedrohlicher Ausbreitung von Rotz und Räude unter den Zivilpferden im hiesigen Kreise, wird behufs möglicher Eindämmung dieser Seuchen nachstehendes angeordnet:

1) Die Ortsviehbeschaue haben je 14 Tage sämtliche Pferde in der Ortschaft zu beschauen, beim Antreffen Rotz- oder Räude verdächtiger Pferde hat der Gemeindevorsteher hierüber unverzüglich die Anzeige an das k. u. k. Kreiskommando zu erstatten.

2) Das Verwenden solcher Pferde zu Fahrten auf öffentlichen Strassen, sowie nach den Nachbarortschaften überhaupt ist strengstens verboten.

3) Um diesem Übelstande vorzubeugen, wird im Sinne des russischen Sanitätsgesetzes Band XIII Art. 1124 ex 1915 folgendes angeordnet:

Jedes eingespannte Fuhrwerk, sowie jedes einzelne Pferd, welches die Gemeindegrenzen überschreiten soll, muss mit einem Passierschein betheilt werden.

Dieser Passierschein, in der polnischen Sprache ausgestellt, hat zu lauten: »Potwierdzam, że zagroda właściciela koni(a) N. N. wolna jest od chorób zaraźliwych przenoszących się na konie«. (Ich bestätige, dass das Gehöft des Pferdebesitzers N. N. von ansteckenden Pferdekrankheiten frei ist).



Die Passierscheine sind von den Gemeindeämtern unentgeltlich auszufolgen, zu unterschreiben und mit Amtssiegel zu versehen.

Für die Wahrheit des Attestes sind die Aussteller verantwortlich, und werden dieselben, im Falle, dass sie wenn auch nur aus Fahrlässigkeit unwahres bezeugen, vom k. u. k. Kreiskommando bestraft.

Fuhrwerke und Pferde ohne diesen Passierschein wird die k. u. k. Gendarmerie kontumazieren und die Pferdebesitzer werden mit Strafe bis zu 50 K. bzw. 5 Tage Arrest belegt.

4) Falls in einem Meierhofe bzw. Bauerngehöfte Räude ärztlich festgestellt wird, müssen die kranken und ansteckungsverdächtigen Pferde abgesondert gehalten, und dem vorgeschriebenen Heilverfahren unbedingt unterzogen werden.

5) Ohne spezielle Bewilligung des k. u. k. Kreiskommandos dürfen räudekranke bzw. ansteckungsverdächtige Pferde den Stammort nicht verlassen; für die abgesonderten Pferde sind besondere Geräte und besondere Bedienung zu verwenden.

6) Fremde Pferde dürfen in mit Rotz und Räude verseuchten Gehöfte nicht eingeführt werden und müssen solche Gehöfte durch eine entsprechende Aufschriftstafel gekennzeichnet sein.

7) Aus Gehöften, die mit Rotz bzw. Räude verseucht sind, darf weder Stroh noch Heu ausgeführt werden.

8) In Stallungen, wo Rotz bzw. Räude herrscht oder wo die Pferde auch nur dieser Seuchen verdächtig sind, dürfen keine Personen übernachten, da diese Krankheiten auch auf die Menschen übertragbar sind.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verlautbarung im Amtsblatte in Kraft.

## 10.

### Die Eröffnung des Grundbuchsamtes in Radom.

Das Grundbuchsamt bei dem k. u. k. Militärgerichte in Radom wurde sowohl für die Landtafelgrundbücher wie auch Bezirksgrundbücher mit dem 28. März 1916 eröffnet.

Die Notare St. Burghard und Al. Kostecki haben mit diesem Tage ihre Tätigkeit wieder aufgenommen.

## 11.

### Die Akten des Notars Sawicki aus Ostrowiec.

Am 22. Februar 1916 wurden sämtliche Rejentalakten und Register des abwesenden Notars Lucian

Sawicki aus Ostrowiec nach Opatów herübergeführt und im Hypothekenarchiv aufbewahrt, was zur Kenntnis der bezüglichen Parteien gebracht wird.

## 12.

### Sachverständigenernennung.

Peter Badowski, Civilgeometer in Opatów wurde zum Sachverständigen für Grundflächenbemessungen für den Sprengel des hiesigen Kreisgerichtes ernannt.

## 13.

### Bestellung eines Gerichtsdolmetsches.

An Stelle des verstorbenen Johann Kotlarski wurde zum Gerichtsdolmetsch für die russische Sprache H. Kasimir Judycki aus Opatów bestellt.

## 14.

### Ernennung eines Gerichtsvollziehers.

An Stelle des verstorbenen Johann Kotlarski wurde mit dem 1. April 1916 Ludwik Kosiński zum Gerichtsvollzieher für den Kreis Opatów bestellt.

## 15.

### Privatanwälte.

Die Privatanwälte Stanislaus Pietraszewski aus Opatów und Wacław Glibowski aus Iwaniska erhielten die Vertretungsbefugnis der Parteien in Civilsachen auch vor dem k. u. k. Kreisgerichte in Opatów.

## 16.

### Ernennung eines Gemeinderichters.

An Stelle des am 27. Februar 1916 verstorbenen Czesław Janecki wurde mit 1. April 1916 zum Gemeinderichter in Kunów H. Gustaw Ośmiałowski Gutsbesitzer aus Chocimów ernannt.

## 17.

### Steckbrief.

Leon Jedliński, 35 Jahre alt, geb. in Zajaczków, Kreis Ilża, zust. nach Baranów, röm. kat., verheiratet, Sohn des Josef und der Tekla, mehrmals vorbestraft, Jan Lasota, geb. und zust. in Wola Solecka, Gem. Solec, Kreis Ilża und dort auch wohnhaft, werden wegen mehrerer Diebstähle verfolgt.



## NICHTAMTLICHER TEIL.

### 1.

#### Kundmachung.

Das k. u. k. Militär-General-Gouvernement hat mit Verordnung vom 9. Februar 1916 C. Nr. 2889 mehrere im Verlage des Vereines:

Towarzystwo im. X. Piotra Skargi w Krakowie erschienenen Bücher, die sich besonders für Schülerbibliotheken und als Schulprämien eignen, empfohlen.

Die Schulleitungen und Lesehallen werden auf die Ausgaben dieses Vereines, deren Verbreitung besonders unter der Landbevölkerung in kultureller und

sittlicher Beziehung von grossem Nutzen würde, aufmerksam gemacht.

Bücherverzeichnisse u. Bestellungen sind zu dirigieren: Towarzystwo Piotra Skargi, Krakau, Kanoniczaggasse 17.

### 2.

Die Verwaltung der Zuckerfabrik in Częstocice beehrt sich bekanntzugeben dass am 27. April 1916 um 11 Uhr vormittags eine gewöhnliche Hauptversammlung der Aktionäre im Verwaltungslokal in Warschau, Królewska-gasse Nr. 35 stattfinden wird.

Der k. u. k. Kreiskommandant:

**VALERIAN FEHMEL, Oberst, m. p.**